

Eine Trümmerlandschaft

Nach dem Massaker von Diyarbakir. Eindrücke von einer Reise in den Südosten der Türkei

Norman Paech

Diyarbakir ist das Tor zu Kurdistan, zumindest für den Reisenden, der mit dem Flugzeug aus Europa kommt. Im 7. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung tauchte die Stadt in assyrischen Quellen unter dem Namen Amed/Amid auf – und dies ist auch heute ihr kurdischer Name. Für das Zentrum, die Altstadt Sur, in der für Jahrhunderte das kulturelle, soziale und wirtschaftliche Herz der Region schlug, gilt seit dem 2. Dezember 2015 eine Ausgangssperre. Armee, Spezialeinheiten, Gendarmerie und Polizei haben einen immer engeren Belagerungsring gezogen. Was er wieder freigibt, ist eine Trümmerlandschaft. Denn die Ausgangssperre ist nur die erste Stufe einer militärischen Operation, an deren Ende die totale Vernichtung und Unbewohnbarkeit von Sur stehen soll.

Schätzungsweise 80 Prozent der Häuser in den betroffenen Stadtteilen sind bereits zerstört, etwa 50.000 Einheimische haben ihre Wohnungen verlassen, 24 Menschen sind bisher umgekommen. Vergleichbare Bilder der Zerstörung und Verwüstung konnte man in Gaza nach den Kriegen von 2008/2009 und 2014 sehen. Wer nach Sur zurückkehrt, um sein Haus wieder aufzubauen, findet keine Elektrizität, kein Wasser, keine Grundversorgung. Müll und Abwässer stehen in den aufgebrochenen Straßen. Panzer und Artillerie haben weder die 500 Jahre alten Kursunlu-Moschee, die historische Hasirli-Moschee noch die 1.700 Jahre alte Heilige-Marien-Kirche verschont. Ein paar Kinder streunen durch die Straßen, es gibt keinen Kindergarten, keine Schule – unweit der Nachbarschaft detonieren Artilleriegeschosse.

In den Kellern leben noch an die 130 Menschen. Zwölf Leichen verwesen unbestattet, die älteste seit 70 Tagen. Ab und zu antworten einige Gewehrschützen auf den Beschuss, ergeben will sich keiner. Sie werden zwar regelmäßig dazu aufgefordert, doch sie misstrauen der Armee, die schon mehrmals auf Bewohner mit einer weißen Flagge geschossen hat. Ihre Forderung, von Ärzten oder Rechtsanwälten abgeholt zu werden, wurde abgelehnt.

Ihnen steht das Schicksal der Eingeschlossenen von Cizre in der Provinz Sirnak vor Augen, wo immer noch eine strenge Ausgangssperre herrscht. Teile der Stadt sind vollkommen zerstört. Sie gleicht den Trümmern der vom »Islamischen Staat« (IS) belagerten syrischen Grenzstadt Kobani. Von den ursprünglich 120.000 Einwohnern Cizres blieben 15.000. 178 Leichen wurden bisher aus den Kellern geborgen, etliche sollen dort zur Warnung an die Ausharrenden noch liegen. Der Vizegouverneur von Diyarbakir hat jede Vermittlung ausgeschlossen und die baldige Beendigung der Belagerung angekündigt, was nur bedeuten kann, dass ein Massaker stattfinden soll. Diese Entscheidung kommt aus Ankara.

In den sieben kurdischen Provinzen wurden insgesamt 58 Ausgangssperren verhängt – ein harmloser Begriff angesichts dessen, was hinterlassen wird. Etwa die Hälfte der türkischen Streitkräfte, d. h. ca. 300.000 Soldaten und Polizisten, soll aktuell in Südostanatolien/Nordkurdistan im Einsatz sein. Ein Ziel ist offensichtlich auch die Demütigung der kurdischen Bevölkerung. Es wird nicht nur getötet, die Sicherheitskräfte senden auch Nacktfotos ihrer weiblichen Opfer an Abgeordnete des Nationalparlaments und stellen sie ins Netz.

Auf der Reise von Diyarbakir nach Nusaybin, Mardin und Silopi an der syrischen Grenze entlang wird man auf die Frage nach dem Warum immer wieder auf die Wahlen vom Juni 2015 verwiesen. Durch den Einzug der Oppositionspartei HDP ins Parlament wurde Präsident Recep Tayyip Erdogan unsanft aus seinem Traum vom »Sultanat« gerissen. Damit erhielt die kurdische Frage wieder eine neue Dimension. Erdogan kam offensichtlich zu der Überzeugung, dass sich eine weitere Entspannung durch die Fortführung der Friedensgespräche mit dem seit 1999 inhaftierten Abdullah Öcalan, dem Vorsitzenden der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK), nur für die HDP auszahlen würde. Er hatte den Kontakt zu dem Kurdenführer schon im April 2015 abgebrochen und dessen

totale Isolation verfügt. Nun schaltete Erdogan erneut auf Krieg und Gewalt um. Er ließ die zahlreichen Garnisonen im Südosten der Türkei ausbauen und verstärken. Die ersten Angriffe erfolgten am 24. Juli 2015. Das Kriegskonzept des Nationalen Sicherheitsrats, das schon vor den Wahlen entwickelt worden war und später an die Presse gelangte, nahm sich den Kampf gegen die Tamilen in Sri Lanka zum Vorbild.

Etliche kurdische Kommunen, in denen die HDP besonders stark verankert war, reagierten, indem sie die Selbstverwaltung ausriefen. 26 Bürgermeister, die Hälfte davon Frauen, wurden sofort ihres Amtes enthoben und verhaftet. Sara Kaya, Kobürgermeisterin von Nusaybin, erwartet ihren Prozess wegen Separatismus mit der Strafdrohung lebenslänglicher Haft heute am 8. März. Ein Pilotverfahren, denn es wäre das erste Mal, dass die Forderung nach Selbstverwaltung auch strafrechtlich mit Separatismus in Verbindung gebracht und mit einer derart hohen Strafen geahndet wird.

Nach den Wahlen im November 2015 begann der Bau von Straßensperren und Gräben in den kurdischen Städten, um der Armee und den besonders brutalen Spezialeinheiten den Weg zu versperren. Das geschah zweifellos nicht ohne die Zustimmung von PKK und KCK (Koma Civaken Kurdistan, Union der Gemeinschaften Kurdistans). Sie haben nie Zweifel daran aufkommen lassen, dass sie bewaffneten Widerstand leisten, wenn sie wieder angegriffen würden. Die Gewalt, mit der der Staat jetzt gegen die Bevölkerung vorgeht, sprengt aber alle Normen des Kriegsvölkerrechts. Das kam für die PKK überraschend, damit hatte sie nicht gerechnet. Wer in Ankara für diese Kriegsverbrechen verantwortlich ist, gehört vor den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag.

Erdogan: Geld her

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan forderte am Montag in Ankara die EU zur Auszahlung der im Flüchtlingsaktionsplan vereinbarten drei Milliarden Euro auf. Er beschwerte sich: »Es ist nun vier Monate her, und sie haben das Geld noch immer nicht überwiesen.« Regierungschef Ahmet Davutoglu müsse beim EU-Sondergipfel in Brüssel eine Zusage erhalten. Erdogan äußerte wörtlich: »Ich hoffe, dass er mit dem Geld zurückkehrt.«

Die türkische Oppositionspartei HDP warf Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ebenfalls am Montag vor, bei den Verhandlungen mit der Regierung in Ankara europäische Werte zu verraten. Seit es die Zusammenarbeit in der Flüchtlingskrise gebe, schweige die deutsche Regierung zu Menschenrechtsverletzungen und zum Druck auf die Medien, sagte der HDP-Kovorsitzende Selahattin Demirtas am Montag nach Gesprächen am Rande des EU-Türkei-Gipfels in Brüssel. Offensichtlich gehe es darum, die türkische Regierung nicht zu verärgern. »Wir denken nicht, dass Kanzlerin Angela Merkel in der Flüchtlingsfrage in Übereinstimmung mit europäischen Werten handelt«, unterstrich Demirtas. Der Politiker bezog sich in seinen Äußerungen auf das Abkommen zwischen der EU und der Türkei. Es verpflichtet die Regierung in Ankara zu einem gründlicheren Schutz der Grenzen und zu einer Ausweitung des Kampfes gegen Schlepperbanden. Im Gegenzug zahlt die EU mindestens drei Milliarden Euro, damit syrische Flüchtlinge in der Türkei besser versorgt werden. Zudem werden die Verhandlungen über einen möglichen EU-Beitritt der Türkei und Gespräche zum visafreien Reisen beschleunigt. Grundsätzlich forderte Demirtas, keine Flüchtlinge zurück in die Türkei zu schicken. Die EU solle lieber daran arbeiten, die Kriege zu beenden, die Fluchtursache seien. Dann könnten die Menschen in ihre Heimatländer zurückkehren.

Die türkische Armee hat im Südosten des Landes nach einem Medienbericht 16 Kämpfer der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei PKK getötet. Während des Einsatzes im Bezirk Idil am Montag sei es zu schweren Gefechten gekommen, meldete die Nachrichtenagentur *DHA*. Eine Bestätigung der türkischen Streitkräfte gab es zunächst nicht. Die türkischen Streitkräfte unterscheiden nicht zwischen getöteten Zivilisten und bewaffneten Kämpfern. *DHA* berichtete weiter, auch in Daglica in der Provinz Hakkari hätten sich Sicherheitskräfte und PKK-Kämpfer Gefechte geliefert. Die Armee führt seit Sommer 2015 unter dem Vorwand der PKK-Bekämpfung im Südosten des Landes einen Krieg vor allem gegen die kurdische Zivilbevölkerung.

(AFP/dpa/jW)

2)

<http://www.jungewelt.de/2016/03-08/044.php>

Lehrreiches Beispiel

Das Elend des Konflikts von Moral und Interesse und die deutsche Türkeipolitik

Norman Paech

Offen ist der Streit seit Shakespeare und Machiavelli, ob Moral einen Stellenwert in der Politik habe. Moralisten sehen in ihrem Disput mit Materialisten allerdings elend aus. Einerseits werden erstere zur Veredelung des Interesses benutzt, dann aber bei der Durchsetzung desselben verhöhnt. Die aktuelle Politik der Bundesrepublik gegenüber der Türkei ist ein lehrreiches Beispiel für dieses Elend. Sie hat sich der Politik Ankaras vollkommen unterworfen. Getrieben von den Problemen an der Heimatfront ist ihr aktuell dringlichstes Interesse an der Türkei, dass diese die Flüchtlinge aus Syrien, Irak und Afghanistan, die über Kleinasien nach Europa streben, von unseren Grenzen fernhält. Dazu ist sie allemal bereit, fünf gerade sein zu lassen und so manchen Standard ihrer vielbeschworenen Werteordnung aufzugeben. Dafür kann sie zumindest in der politischen Klasse dieser Republik auf viel Nachsicht, ja Sympathie zählen.

So fügt sich der grüne Fraktionsvorsitzende Cem Özdemir, je nach Opportunität mal Moralist, mal Materialist, im Deutschlandfunk geschmeidig in die Regierungsposition ein: »Wir müssen in der Kurdenfrage mit der Türkei zusammenarbeiten.« Wie das? »Die PKK kritisieren, die der HDP schadet.« Da ist der Grüne ganz Türke und der AKP näher als der HDP. Denn der Vorsitzende der HDP, Selahattin Demirtas, ist sich mit der PKK derzeit vollkommen einig darin, wer und was zu kritisieren ist: Erdogan und seine barbarische Kriegspolitik.

Aber die Bundesregierung schweigt nicht nur zu diesem Krieg, sie rechtfertigt ihn und biegt sich die Realität so zurecht, dass die Verantwortung für die Massaker wieder bei der PKK liegt. Aus dem Auswärtigen Amt lässt Minister Frank-Walter Steinmeier die Kritiker wissen: »Die Bundesregierung verfolgt die Situation im Südosten der Türkei mit großer Sorge. Die PKK verfolgt seit einiger Zeit die Strategie, ihren Kampf in die Städte zu bringen. Dafür missbraucht sie zahlreiche junge Menschen und zieht die Bevölkerung in Mitleidenschaft. Die PKK wird von der EU als terroristische Organisation gelistet und ist gemäß Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes auch in Deutschland als ausländische terroristische Vereinigungen (sic!) eingestuft. Die Türkei hat das Recht und die Pflicht, ihre Bürger vor terroristischen Anschlägen zu schützen. Dennoch sollte jede Möglichkeit der Deeskalation gesucht werden. In zahlreichen Kontakten mit der türkischen Regierung haben Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier wie auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel darauf gedrängt, auf die Angriffe der PKK maßvoll und verhältnismäßig zu reagieren und zu den bis Sommer 2015 relativ aussichtsreich verlaufenen Friedensverhandlungen zurückzufinden.« Selbst FAZ und Welt strafen mit ihren Berichten schon seit einiger Zeit diese Aussagen Lügen. Dies ist Politik jenseits von Moral und Interesse, dies ist Kollaboration mit einem Kriegsverbrechen.